

Stand: 06.06.2026 20:38:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13313

"Richtlinien zur Sexualkunde an Schulen wie angekündigt endlich in Kraft setzen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13313 vom 12.10.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 13.10.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14522 des BI vom 27.10.2016
4. Beschluss des Plenums 17/15106 vom 24.01.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 24.01.2017



## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Claudia Stamm, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Richtlinien zur Sexualkunde an Schulen wie angekündigt endlich in Kraft setzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Entwurfsfassung der Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen endlich in Form einer Bekanntmachung zu veröffentlichen und damit in Kraft zu setzen; so wie es im Bericht des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst vom 15. Februar 2016 angekündigt war.

#### **Begründung:**

Mit Bericht vom 15. Februar 2016 hat die Staatsregierung dem Landtag einen Entwurf für die Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen übermittelt. Ferner hat die Staatsregierung in diesem Bericht an den Landtag, der auf den Beschluss vom 22. April 2015 (Drs. 17/6273) hin erfolgte, mitgeteilt: „Es ist vorgesehen, diese Fassung in Form einer Bekanntmachung in diesem Schuljahr zu veröffentlichen. Sie ist bereits mit dem Landesschulbeirat (...) abgestimmt“ (Seite 3 des Berichtes der Staatsregierung an den Landtag vom 15. Februar 2016).

Da im Bericht vom Februar von „diesem (!) Schuljahr“ die Rede ist, ist damit offensichtlich das inzwischen bereits abgelaufene Schuljahr 2015/2016 gemeint. Es ist darum nun endlich die angekündigte Bekanntmachung zu veröffentlichen und in Kraft zu setzen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13353 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – CSU und FREIE WÄHLER. Enthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/13312 mit 13317 sowie 17/13354 mit 13356 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6 a** auf:

**Erste Lesung  
zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen**

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe mit den als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es hinsichtlich dieser Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgesehenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich gehe von keinen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen aus.

Dann komme ich zum **Tagesordnungspunkt 6 e**:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Bayerischen  
Naturschutzgesetzes (Drs. 17/13146)  
- Erste Lesung -**

Da gibt es eine Einigung der Fraktionen, dass auch dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache erfolgen kann. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6 b** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus  
Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.  
a. und Fraktion (SPD)  
zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des  
Grundstückverkehrsgesetzes und des  
Landpachtverkehrsgesetzes (Drs. 17/13065)  
- Erste Lesung -**

Die SPD-Fraktion verbindet Begründung und Aussprache miteinander. Damit hat die SPD elf Minuten

Redezeit. Ich eröffne damit sogleich die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Arnold das Wort. Bitte sehr.

**Horst Arnold (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf berührt eine Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Grundstückverkehrsgesetzes und des Landpachtverkehrsgesetzes und beruht insbesondere darauf, dass das Grundstückverkehrsgesetz in diesem Zusammenhang vorsieht, den Flächenverbrauch und die Kleinteiligkeit von landwirtschaftlichen Flächen in Bayern bzw. in Deutschland zu erhalten. Dafür gibt es eine dringende Notwendigkeit, die darin besteht, auf der einen Seite den Fortbestand des land- und forstwirtschaftlichen Betriebswesens zu sichern, auf der anderen Seite Schutz zu bieten vor dem Ausverkauf entsprechender Flächen – man spricht in diesem Zusammenhang von mikroökonomischen Motivationen –, die Agrarstruktur insgesamt zu schützen und makroökonomisch – das wird immer wichtiger – die Ernährung regional zu sichern. Diese drei Punkte sind notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Zweck besteht die Möglichkeit für die Länder, entsprechend Genehmigungsflächen festzulegen. Bislang müssen in Bayern Grundstücksverkäufe im landwirtschaftlichen Bereich erst ab zwei Hektar überhaupt genehmigt werden. Viele Dinge bleiben deswegen außen vor. Wir haben dies zum Anlass genommen, in unserem Gesetzentwurf zu fordern, dass zum einen die Genehmigungsfläche auf 0,5 Hektar herabgesetzt wird und zum anderen die Schutzfrist für die Beurteilung dieser Fläche auf drei Jahre festgelegt wird, um etwaige Umgehungstatbestände im zeitlichen Ablauf einzugrenzen. Dieser Schutz ist mehr denn je notwendig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die jüngsten Krisen in der Landwirtschaft haben nämlich zu einer Strapazierung der finanziellen Reserven der Erzeugerinnen und Erzeuger geführt. Wir haben uns lang und breit mit der Problematik der Milchkrise auseinandergesetzt, die noch nicht zu Ende ist. Die Kosten in diesem Bereich steigen und machen es immer wieder erforderlich, Grundstücksverkäufe zu generieren, um überhaupt einen Cashflow für den laufenden Betrieb zu sichern. Auf der anderen Seite wissen wir, dass die Vermögenspolitik und die Zinspolitik, die wir oft in diesem Haus besprochen haben, dazu führen, dass sich immer mehr Investoren, auch landwirtschaftsfremde Institutionen, in Investitionen in Grund und Boden flüchten bzw. versuchen, dort ihr Geld zu parken. Aufgrund dessen ist es nicht verwunderlich, dass die Preise in die Höhe schnellen und die



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung und Kultus**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,  
Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und  
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Drs. 17/13313**

**Richtlinien zur Sexualkunde an Schulen wie angekündigt endlich  
in Kraft setzen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatterin: **Claudia Stamm**  
Mitberichterstatterin: **Carolina Trautner**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 55. Sitzung am 27. Oktober 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - SPD: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

**Martin Güll**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Claudia Stamm, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/13313, 17/14522

**Richtlinien zur Sexualkunde an Schulen wie angekündigt endlich in Kraft setzen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Claudia Stamm

Abg. Carolina Trautner

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Eva Gottstein

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Richtlinien zur Sexualkunde an Schulen wie angekündigt endlich in Kraft setzen  
(Drs. 17/13313)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von 24 Minuten verständigt. – Erste Rednerin ist die Kollegin Stamm.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Spaenle, ich glaube, das ist schon auch ganz speziell Ihre Debatte, und ich fände es ziemlich angebracht, dass Sie im Raum bleiben. Nachdem Sie sich mit der "Demo für alle" treffen, fände ich das in diesem Fall wirklich angebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte nämlich, dass unsere Kinder ein weltoffenes und vielfältiges Bayern gezeigt bekommen, auch in der Schule. Ich möchte heute in der Debatte gar nicht darauf eingehen, ob es große Unterschiede zwischen dem, was im März in den Richtlinien stand, und dem gibt, was vor Kurzem verabschiedet wurde. Ich möchte heute vielmehr gerne darüber reden, wie der Prozess abgelaufen ist, vor allem darüber, was hier für uns als Demokratinnen und Demokraten auf dem Spiel steht.

Herr Minister Spaenle, Sie haben sich mit der "Demo für alle" getroffen, und nun schauen Sie sich die Seite der "Demo für alle" an. Dort wird das, was passiert ist, als ein Riesenerfolg gefeiert. Das ist eine kleine Gruppe. Meine "Demo für alle" ist es nicht, und ich wünsche und hoffe, dass es auch nicht Ihre "Demo für alle" ist. Es ist eine kleine homophobe und menschenfeindliche Gruppierung, die sich so nennt. Sie darf sich öffentlich mit dem Minister treffen und dann schön als Erfolg feiern, wie die Richtlinien verändert und verabschiedet wurden.

Ich lese – leider widerwillig, nur als Zitat, damit Sie wissen, worüber wir reden – vor, was in dem Newsletter dieser kleinen "Demo für alle" steht: – Es hat der bayerische Kultusminister Spaenle, dank unseres monatelangen Protests nochmals überarbeiteten neuen Richtlinien, jetzt in Kraft gesetzt und veröffentlicht. Eine erste Durchsicht ergab, dass zentrale Punkte aus unserem Forderungskatalog aufgenommen wurden. – Ich lasse jetzt etwas weg in dem Zitat. – Man kann jetzt schon sagen, dass dieses Ergebnis ein großer Erfolg unserer gemeinsamen Anstrengungen zum Schutz der Kinder vor Indoktrination und Sexualerziehung ist. Die LSBTTIQ-Lobby schäumt vor Wut.

Sie schreiben es sich auf ihre Fahnen, dass die Richtlinien verändert wurden. Vielleicht richten Sie das dem Minister aus. Ich finde es wirklich unmöglich, dass er nicht im Raum ist. Das ist wirklich das Letzte. Ein Minister, der dieser Gruppierung eine solche Öffentlichkeit gibt, stellt sich hier nicht der Debatte. Das ist das Allerletzte.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Ich würde nämlich hoffen und glauben, dass der Minister genau diesen Erfolg, den Sie sich jetzt auf ihre Fahnen schreiben, nicht wollte. Da nehme ich ihn eigentlich in die Haft. Ich unterstelle ihm, dass er eigentlich mit uns an einem Strang zieht, was zum Beispiel die Gleichstellung von Männern und Frauen in dieser Gesellschaft anbelangt.

In der vorhin geführten Debatte ist klar geworden, dass wir unterschiedliche Vorstellungen haben, was die Instrumente und auch was die Geschwindigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen anbelangt. Dass wir jedoch daran festhalten, daran zweifeln wir alle in diesem Hohen Hause sicherlich nicht, so hoffe ich zumindest.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich jedenfalls will auf keinen Fall auch nur einen Millimeter zurück, was die Gleichstellung von Männern und Frauen betrifft – diese Gruppierung, die sogenannte "Demo für alle", will das aber durchaus.

(Zuruf von der CSU: Das stimmt doch gar nicht!)

Deswegen hoffe ich wirklich, dass wir endlich wieder alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Ein solches Vorgehen darf sich hier im Landtag nie mehr wiederholen – nie mehr!

Ganz kurz noch einmal zum Ablauf: Im Januar 2015 haben wir einen Berichtsantrag gestellt, welche Sexualkunderichtlinien in Bayern existieren. Da hieß es immer wieder, dieser Bericht im Ausschuss solle bitte verschoben werden, weil die Richtlinien sowie so in Überarbeitung seien. Natürlich haben wir dem zugestimmt, das ist ja logisch. Dann kam der Bericht im März 2016, also über ein Jahr später, worin uns versichert wurde, dass die Richtlinien noch im gleichen Schuljahr verabschiedet würden.

Und was passierte dann? Ein großer Schreck nach der Sommerpause – Minister Spaenle trifft sich mit dieser homophoben Gruppierung.

(Josef Zellmeier (CSU): Das ist eine Unterstellung!)

Ich finde, dieses Vorgehen ist wirklich das Allerletzte! Die Legislative ist nicht nur einmal, sondern gleich mehrfach missachtet worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gremium, das sich im Wesentlichen mit den Richtlinien beschäftigt und seine Expertise abgegeben hat, war übrigens ein bayerisches Gremium, im Gegensatz zu dieser "Demo für alle"; auch das noch mal ein Hinweis an die Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Der Landesschulbeirat und alle anderen waren der Meinung, es sei super gewesen, wie die Richtlinien verabschiedet worden seien. Nichtsdestotrotz war es leider so, dass der Minister –

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Uhr.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** – ich bin gleich fertig – dieser Gruppierung offenbar viel zu viel Raum eingeräumt hat. Im Sinne unserer kostbaren Demokratie hoffe ich, dass es nie wieder passiert, dass ein Mitglied der Staatsregierung derartigen Gruppierungen

einen solchen Raum gibt und es zulässt, dass in dieser Weise in den Landtag eingegriffen und auf ihn eingewirkt wird.

(Zurufe von der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Bitte kommen Sie doch zum Ende.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Ich will ein vielfältiges Bayern, und ich hoffe, dass auch Sie das weiterhin wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Trautner.

**Carolina Trautner (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Let's talk about sex. Neue Richtlinien entstauben den Lehrplan für die Sexualerziehung. Schüler sollen Vielfalt der Lebensformen achten lernen und Rollenklischees ablegen – so die "Süddeutsche Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 19. Dezember 2016.

(Zurufe: Lauter!)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Frau Kollegin, fahren Sie bitte das Rednerpult ein bisschen höher, damit man Sie besser versteht.

**Carolina Trautner (CSU):** Heute, einen guten Monat später, debattieren wir hier im Hohen Haus nun den "dringenden" Antrag der Fraktion der GRÜNEN, der fordert, dass die Richtlinien zur Sexualkunde an Schulen in Kraft gesetzt werden sollen. Das ist zwischenzeitlich längst geschehen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja durchschaubar, dass es Ihnen gar nicht um die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Richtlinien geht; vielmehr wollen Sie die Debatte instrumentalisieren und dem Minister vorwerfen, dass er sich mit der Gruppe "Demo für alle" getroffen hat.

(Beifall bei der CSU)

Soll er sich denn von Ihnen vorschreiben lassen, mit wem er sich treffen darf und mit wem nicht? Wo kämen wir denn da hin!

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Carolina Trautner (CSU):** Nein, am Schluss. – Es konnte Ihnen auch nicht schnell genug gehen. Wie oft haben wir die Frage gehört: Wann endlich treten diese Richtlinien in Kraft? Zu einer Richtlinie, die zuletzt im Jahr 2002 überarbeitet wurde und sich mit einer sehr sensiblen Thematik auseinandersetzt, gehört es natürlich, dass man sich erstens Zeit nimmt und zweitens mit Vertretern aus allen Teilen unserer demokratischen Gesellschaft den Austausch sucht.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Dabei geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

(Beifall bei der CSU)

Wie Schulen mit dem Thema Sexualkunde umgehen, dazu gibt es offenkundig ganz verschiedene Vorstellungen und Sichtweisen. Deshalb war es richtig, sich die nötige Zeit zu nehmen, um die richtigen und präzisen Formulierungen zu entwickeln.

Angesichts Ihrer Aufgeregtheit hätte man ja glauben können, die Schulen befänden sich in einem rechtsfreien Raum. Dabei waren auch bis dato schon Richtlinien in Kraft; es ging lediglich um deren Weiterentwicklung vor dem Hintergrund einer sich im permanenten Wandel befindlichen Gesellschaft. Das ist uns gelungen. Der Tenor der Richtlinien lautet: Toleranz, Selbstbestimmung und Prävention.

Durch die Medienfokussierung und die Digitalisierung war es außerdem unumgänglich, den kritischen Umgang mit den Medien stärker zu thematisieren. Uns alle haben

in den vergangenen Monaten viele besorgte Briefe von Eltern und auch von Schülern erreicht.

(Zuruf von der SPD: Besorgter Eltern!)

Deutlich erkennbar war eine tiefe Verunsicherung, welche neuen Inhalte durch die neuen Richtlinien vermittelt werden würden und was dies für die Sexualerziehung an bayerischen Schulen bedeutet. Das grün-rot regierte Baden-Württemberg hatte bei diesem Thema wahrlich kein gutes Vorbild abgegeben, sondern extrem zur Beunruhigung beigetragen.

(Beifall bei der CSU)

Leider wurde in der Folge vieles vermischt und falsch wiedergegeben. Bei der Überarbeitung unserer Richtlinien stand der Umgang mit den neuen Herausforderungen im Vordergrund. Woher kommen diese? Ich habe es bereits erwähnt: zum einen durch Veränderungen in der Gesellschaft, beispielsweise durch neue Familienmodelle. Zum anderen ergeben sich diese Herausforderungen aus der rapide zunehmenden Nutzung der Medien und aus dem selbstverständlichen Umgang immer jüngerer Kinder mit modernen Kommunikationsmitteln. Die Achtung der persönlichen Würde des Einzelnen, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die besondere Förderung von Ehe und Familie und das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit bleiben natürlich unangetastet.

An der Weiterentwicklung der Richtlinien für bayerische Schulen waren das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, verschiedene sehr erfahrene Lehrer, Lehrer- und Elternverbände, Schülervertreter und die Kirchen beteiligt. Im Ergebnis können wir festhalten: Die Schülerinnen und Schüler werden weiterhin äußerst sensibel, objektiv sowie ihrem Alter und Entwicklungsstand entsprechend nach genauen Vorgaben für die jeweiligen Jahrgangsstufen fächerübergreifend unterrichtet. Die Eltern werden ausdrücklich mit einbezogen und im Vorfeld rechtzeitig über die Unterrichtsziele und die vorgesehenen Lehr- und Lernmittel informiert.

Die Schule benennt einen Beauftragten für Familien- und Sexualerziehung, der als Ansprechpartner für Eltern, Schüler und Lehrer fungiert und im Besonderen sicherstellt, dass eine außerschulische Zusammenarbeit mit Externen nur unter Einhaltung der vorgegebenen Richtlinien erfolgt. Diesem Verantwortlichen obliegt auch die Organisation des jährlichen Aktionstages für das Leben, der in besonderer Weise dazu dient, den Schutz des ungeborenen Lebens sicherzustellen und die Schüler dafür zu sensibilisieren. Die Wertschätzung und das Verständnis für andere werden betont und Ideologisierungen jeder Art abgelehnt. Fragwürdige Rollenbilder werden analysiert bzw. Vorbilder, die aus den Medien heraus als nachahmenswert empfunden werden, hinterfragt.

Dabei hat im Bereich des verantwortungsbewussten Medienkonsums und der Beachtung des Jugendschutzes die Zusammenarbeit der Schule mit dem Elternhaus größte Bedeutung. Die Schülerinnen und Schüler müssen befähigt werden, Trends und Wertvorstellungen, die durch Medien vermittelt werden, richtig einzuordnen, zu analysieren und kritisch zu bewerten.

Die Prävention von sexueller Gewalt spielt eine wichtige Rolle. Unaufgeklärte Kinder sind leichte Opfer; deshalb sollen Kinder und Jugendliche zu selbstbewussten und aufgeklärten Persönlichkeiten erzogen werden, die kritischen Situationen anders begegnen können. Sie sollen mit ihren Mitmenschen respektvoll und verantwortungsbewusst umgehen. Beispiele hierfür im Schulalltag sind die Vermeidung und Ablehnung vulgärer, diskriminierender Ausdrücke und Beleidigungen sowie der achtungsvolle Umgang mit persönlichen Daten und Bildern auch von anderen.

Viel diskutiert und thematisiert wurde das Kapitel "Geschlechterrolle und Geschlechtsidentität". Auch hier werden wir der veränderten Lebenswirklichkeit unserer modernen Gesellschaft gerecht. Vor dem Hintergrund der verfassungsmäßigen Bedeutung von Ehe und Familie werden in den höheren Jahrgangsstufen natürlich auch unterschiedliche Lebensformen und sexuelle Orientierungen angesprochen und benannt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Vorurteile fehl am Platz sind und jedes einzelne Mit-

glied unserer Gesellschaft unabhängig von seiner frei gewählten Lebensform geachtet wird.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen – das habe ich schon im zuständigen Ausschuss getan –: Familien- und Sexualerziehung ist eine schulische Veranstaltung und muss alle Schülerinnen und Schüler erreichen, unabhängig vom Elternhaus. Die Lehrkräfte haben dabei mehr denn je die Aufgabe, den verschiedenen kulturellen Hintergründen sensibel zu begegnen. Auch das setzt Toleranz voraus. Ich begrüße daher ganz ausdrücklich und möchte nochmals unterstreichen: Unsere Schulen wirken jeder Art von Diskriminierung entgegen. Auch das ist Teil dieser neuen Richtlinien.

(Beifall bei der CSU)

Der Antrag ist natürlich völlig obsolet und deshalb abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Stamm.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Trautner, es fällt mir relativ schwer, nicht polemisch zu werden, muss ich gestehen. Im Antrag steht, dass die Sexualkunderichtlinien "wie angekündigt" in Kraft gesetzt werden sollen, das heißt, ohne Veränderungen. Sie sind im Bildungsausschuss. Ich habe mir das Protokoll und den Bericht der Staatsregierung genau angeschaut. Der Ministerialbeamte ist heute nicht da. Darin stand im März 2016 ganz groß, dass sie im vergangenen Schuljahr verabschiedet werden sollen, und zwar in der Fassung, die jetzt vorliegt. Beides ist nicht passiert. Wir sind auch nicht darüber informiert worden, sondern ganz im Gegenteil: Wir haben als GRÜNE-Fraktion noch einmal nachgefragt: Was ist denn jetzt? Es heißt, dass es im letzten Schuljahr verabschiedet werden sollte. – Dann ist uns vor der Sommerpause versichert worden, sie kommen, und wir sollten uns

keine Sorgen machen. Anstatt dass die Richtlinien gekommen sind, kam dann eine PM, eine Pressemitteilung und ein Foto mit dieser menschenfeindlichen Gruppierung.

Wenn wir uns schon auf nichts anderes verständigen können, dann würde ich mich wirklich sehr darüber freuen, wenn wir uns alle hier im Raum einig wären, dass nicht irgendeine Gruppierung daherkommen – übrigens außerhalb von Bayern, sonst sind wir ja auch immer so stolz auf "mia san mia" und "Wir in Bayern" – und uns ihre Sachen diktieren kann. Ob sie es diktiert hat oder nicht, darüber können wir noch einmal extra diskutieren.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit! – Zuruf von der CSU: Wir noch nicht!)

Aber Sie feiern es als Ihren Erfolg, und ich wünsche mir, dass wir uns alle einig sind, dass wir es in Zukunft nicht mehr zulassen, dass irgendeine Gruppierung hier den Erfolg feiert, dass sie dem bayerischen Kultusminister sozusagen so etwas hineindiktiert hat.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Hanebüchener Blödsinn!)

**Carolina Trautner (CSU):** Liebe Frau Kollegin Stamm, ich glaube, Sie haben einfach nicht richtig zugehört,

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

sonst hätten Sie am Anfang gehört, was ich dazu sagte: dass sich unser Minister selbstverständlich trifft, mit wem er will. Das gehört ebenfalls zur Demokratie: dass man lernt, dass man auch jede Gruppierung respektieren muss und jeder sagen darf, was er möchte. Der Herr Minister kann sehr wohl in seiner Eigenschaft und mit seiner Persönlichkeit entscheiden, wann und wie diese Richtlinien in Kraft gesetzt werden.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das soll er im Plenum sagen!)

Es geht Ihnen überhaupt nicht um den Inhalt der Richtlinien. Es geht Ihnen darum, dass sie einige Wochen später in Kraft gesetzt worden sind und dass Sie entscheiden wollen, wer hier mitreden darf und wer nicht. Das ist aber nicht Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Ich empfehle Ihnen, mehr an der Sache und erfolgsorientierter zu arbeiten. Es ist manchmal leichter, mit den Augen die Tür zu suchen, als mit dem Kopf durch die Wand zu gehen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo! – Zurufe der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Zacharias.

**Isabell Zacharias (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle mal fest, dass homophobe Extremisten einen Termin beim Minister Spaenle bekommen, und viele, viele andere Gruppierungen im Freistaat Bayern, Künstlerinnen und Künstler, Gruppierungen aus dem gesamten Hochschul- und Kulturbereich, die seit Monaten, wenn nicht seit Jahren verbittert um einen Termin bei Ihrem Minister bitten, bekommen keinen Termin.

(Josef Zellmeier (CSU): Unterstellungen!)

Ich könnte Ihnen sehr viele nennen, eine ganze Latte. Und wer bekommt im August einen Termin beim Herrn Minister? – Diese homophobe Extremistengruppe.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich finde es schon erstaunlich, welches Demokratieverständnis Sie haben. Ich darf auch feststellen, dass diese Gruppierung "Demo für alle", nichtbayerische Frauen und Männer, es geschafft hat, eine Richtlinie, die hier, im Bayerischen Landtag – –

(Zuruf des Staatsministers Dr. Ludwig Spaenle)

– Herr Spaenle, es ist immer gut, wenn man sich in die Diskussion einbringt und nicht den Raum verlässt. Das nenne ich demokratische Größe. Wunderbar!

Ich stelle fest, dass es eine Anhörung im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags gab, in der man sich mit vielen außerbayerischen Landtagsgruppierungen einig war, dass es eine gute Richtlinie ist, die wir hier verabschieden. Sie sollte im September 2016 an die Schulen gehen. Das ist nicht geschehen. Sie ist dann übrigens mit einigen Änderungen im Dezember 2016, also drei Monate später als angekündigt, an die Schulen gegangen, übrigens auch nach enormem Druck durch die Opposition, damit wir es überhaupt zur Kenntnis bekamen.

Ich möchte zwei Änderungen ansprechen, die mich beunruhigen. Hier wird nämlich nicht mehr von der Akzeptanz von Homosexuellen, Bisexuellen, Trans-, Intersexuellen oder von Queer gesprochen, sondern von Toleranz. Kolleginnen und Kollegen, Toleranz – tolerare kommt aus dem Lateinischen und heißt "ertragen". "Akzeptanz" heißt: volles Annehmen eines Menschen. Das ist ein Unterschied.

(Beifall bei der SPD und der GRÜNEN)

Wir hatten im ersten Entwurf "Akzeptanz" stehen und sprechen jetzt von "Toleranz". Ich finde das bemerkenswert.

Die zweite Änderung, die mir zu schaffen macht, ist der Umstand, der sehr blumig umschrieben wird, aber das Problem nicht löst: Pro familia und auch andere, die in die Schulen gehen, um mit den jungen Menschen, den Schülerinnen und Schülern, die Sexualerziehung anzugehen – es sind ja nicht die Lehrerinnen und Lehrer der jeweiligen Schule, was auch gut ist –, sagten mir, dass es immer geholfen habe, gerade bei älteren Schülerinnen und Schülern, dass der Lehrer bzw. die Lehrerin nicht im Raum ist, damit auch peinliche Fragen nicht in Anwesenheit des notengebenden Lehrers gestellt werden, sondern dass man einen Schonraum hat mit exzellent ausgebildeten

Frauen und Männern, nämlich Expertinnen und Experten von Pro familia und ähnlichen Einrichtungen, denen sie ihre Fragen stellen können.

Nun wird die Frage der Aufsichtspflicht, wie ich finde, sehr schwammig dargestellt. Ich möchte dazu eine Klarstellung haben. Ich möchte dezidiert wissen: Ist es gesichert, dass Schülerinnen und Schüler in einem Raum ihre Fragen stellen können und nicht befürchten müssen, dass diese Fragen von Lehrerinnen und Lehrern gegen sie verwendet werden können bzw. dass kein Geknister hineinkommt, das dem Verhältnis zwischen Lehrern und Schüler nicht guttut? Darum geht es mir.

Abschließend möchte ich sagen, Kolleginnen und Kollegen: Ich bin erstaunt und entsetzt über das Vorgehen. Ich finde es sehr, sehr traurig, dass die Richtlinie nur durch Druck der Opposition überhaupt im Dezember an die Schulen gegangen ist. Einen Tag vorher hatte ich noch eine Plenaranfrage gestellt. Bereits im November hatte Herr Dr. Ellegast aus dem Kultusministerium alle Änderungen in einer Veranstaltung vorgestellt. Wieso ist da die Richtlinie nicht an die Schulen gegangen? Warum ist sie nicht wenigstens uns Abgeordneten zur Kenntnis gegeben worden? Das ist ein intransparentes Verfahren. Mit Änderungen ist diese Richtlinie an die Schulen gegangen, und ich hoffe und baue darauf, dass die Schulen vor Ort das wunderbar hinbekommen; denn die Sexualerziehung ist ein wichtiges Gut. Mit dieser Richtlinie sollten wir vertrauensvoll umgehen. Aber das Vorgehen, Herr Minister – auch in Abwesenheit – finde ich nicht in Ordnung und protestiere auf das Schärfste.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo! Jawohl! – Josef Zellmeier (CSU): Verbesserungen, Frau Kollegin! Verbesserungen! – Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Gottstein.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist natürlich insofern überholt, als die Richtlinien am 15. De-

zember 2016 in Kraft getreten sind. Er kann nicht mehr in der ursprünglich vorgesehenen Form, sondern in einer geänderten Form in Kraft gesetzt werden. Wir stimmen diesem Antrag trotzdem zu, so wie wir es im Ausschuss getan haben, da wir in diesem Fall meinen, dass das große Gremium Landesschulbeirat mit Füßen getreten wird, da man der Demokratieform, der Transparenz, die man eigentlich mit diesem Gremium geschaffen hat, nicht gerecht wird.

Es geht uns in dieser Debatte nicht um die ursprüngliche und die neue Form. Auf die Einwendungen hin hat sich aus unserer Sicht sicher noch etwas verbessert. Wir finden aber auch eine Verschlechterung darin, nämlich die Vorschrift, dass permanent eine Lehrkraft dabei sein muss. Hier spreche ich aus eigener Erfahrung. Dies ist in diesem Bereich bei manchen Besprechungen eher schädlich. Aber das ganze Prozedere finden wir einer so wichtigen Richtlinie nicht würdig. Bereits am 10. März – und da widerspreche ich Ihnen, Frau Kollegin Trautner, was die Zeitschiene betrifft – wurde dem Ausschuss der Bericht des Kultusministeriums übergeben und der Entwurf vorgestellt. Dieser war mit dem Landesschulbeirat besprochen worden; Rückmeldungen des Beirats waren bereits enthalten. Ich glaube, man muss sich einmal bewusst machen, wer im Landesschulbeirat vertreten ist: acht Mitglieder aus dem Kreis der Eltern, acht Mitglieder aus dem Kreis der Lehrkräfte, die sechs Landesschülersprecherinnen oder –sprecher, je ein Mitglied der katholischen bzw. evangelischen Kirche, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Bezirktetag, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Beamtenbund, der Bayerische Bauernverband, der Bayerische Jugendring, Hochschulen, private Schulen und fünf Fachmitglieder aus den Bereichen Frühpädagogik, berufliche Bildung, Erwachsenenbildung, Kunst und Journalistik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dieses Gremium stößt man doch vor den Kopf, wenn es hinterher Einwendungen gibt, die ja vielleicht berechtigt sind. Ich möchte mich dabei jetzt nicht auf die eine Gruppe –

"Demo für alle" – beziehen, sondern es gab sicherlich auch Einwendungen von Bürgern und von Abgeordneten. Hört man sich diese Einwendungen aber noch einmal an, was absolut richtig ist – und der Minister soll sich in dem Fall um Gottes willen treffen, mit wem er will –, muss man doch transparent vorgehen, indem man das Ganze noch einmal im Bildungsausschuss vorstellt und mit dem Landesschulbeirat bespricht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Das gleicht sonst dann einer Scheindemokratie, weil man diese Gruppen letztlich – auf Bairisch würde man sagen – verarscht oder – ich sage es auf Hochdeutsch – veräppelt, indem man sie tagen und Richtlinien entwickeln lässt und dann sagt: Ätsch, bätsch! Wir machen es doch anders. – Darum geht es uns. Das ist nicht in Ordnung; das mahnen wir an. Deswegen möchten wir den Antrag nach wie vor unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir hoffen, dass dieses Beispiel nicht Schule macht, Herr Minister. Irgendwo hat es ein deutliches "G'schmäcke". Das Vorgehen ist nicht transparent. Es scheint tatsächlich so zu sein: Wer am lautesten schreit, kommt zum Zuge. Ich bin insofern beruhigt, als dem Sexualkundeunterricht an unseren Schulen weder die alte noch die neue Richtlinie schaden wird. Gott sei Dank sind unsere Lehrer so eigenverantwortlich und selbstbewusst, dass sie wissen, was sie ihrer Schülerschaft und der Elternschaft gerade in diesem sensiblen Bereich zumuten können. Deswegen ist die Aufregung in der Praxis Gott sei Dank nicht ganz so schlimm. Aber demokratisch ist das, was Sie hier getan haben, nicht, und mir tut es leid um den Landesschulbeirat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nun hat Herr Staatsminister Dr. Spaenle um das Wort gebeten.

**Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium):** Frau Präsidentin, Hohes Haus! Sexualität ist das Innerste der Persönlichkeit jedes Einzelnen. Diesem sensiblen

Bereich begegnen junge Menschen auf ihrem eigenen Lebensweg, den sie naturgemäß auch in der Schule verbringen, und sie erfahren, was Persönlichkeit und Sexualität ausmacht. Schule hat hier die Aufgabe, mit ganz besonders hoher Sensibilität an dieses Thema heranzugehen. Sie hat die Problemstellungen eingebettet in die gesellschaftliche Wirklichkeit darzustellen, zu begleiten, natürlich zu unterrichten, die jungen Menschen darüber in Kenntnis zu setzen, in Beziehung zu setzen zum anderen, zum Du, zur Gesellschaft. Sie hat darauf hinzuwirken, dass Gefahren erkannt werden, dass wichtige gesellschaftliche Leitbilder vermittelt werden. Dabei liegt es in meiner Verantwortung, entsprechende Richtlinien zu erlassen. Das ist die Verantwortung des zuständigen Ressortchefs. Für diesen Weg haben wir eine intensive Weise der Vorbereitung gewählt und die im Jahr 2002 zuletzt erneuerten Richtlinien um drei ganz wesentliche Bereiche fortentwickelt – ich darf nur das Stichwort Silvester nennen, das Thema Sexualität und Gewalt.

Wenn man weiß, was seit 2002 im Zuge der Entwicklung in der digitalen Welt geschehen ist, muss man zur Kenntnis nehmen, dass das Thema Sexualität und Medien – das ist logisch – in den Richtlinien von 2002 nicht zeitgemäß widergespiegelt wurde. Wir hatten unter anderem zu regeln, wie wir mit externen Experten umgehen. Dafür haben wir eine breite, vom ISB und anderen getragene Weiterentwicklung dieser Richtlinien vorgenommen. Wir haben das Parlament intensiv in die Beratungen eingebunden, ebenso den Landesschulbeirat, und es ist meine politische Verantwortung, diese Richtlinien in Kraft zu setzen.

Ich habe nach einer Reihe von Kontaktaufnahmen über die gesamte gesellschaftliche Breite – übrigens auch mit vielen Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses – im vergangenen Frühjahr entschieden, den Gesprächsfaden weiterzuspinnen. Und ich lasse mir von niemandem vorschreiben, mit wem ich zur abschließenden Gewichtung und Meinungsbildung zum Fassen einer politischen Entscheidung in diesem Land spreche oder nicht! Lassen Sie sich das gesagt sein!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Wenn Sie hier schon öffentlich Gesprächstermine von mir kommentieren, dann empfinde ich es als mindestens unredlich, wenn nicht politisch degoutant, dass Sie neben der Kommentierung eines Termins verschweigen, dass ich mich mit dem Bündnis "Vielfalt statt Einfalt" getroffen habe. Das sind Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, die sich für die Themen gesellschaftliche Leitbilder, vielfältige sexuelle Orientierungen usw. einsetzen. Dies tat ich im vergangenen Herbst, bevor ich die Richtlinie im Dezember in Kraft gesetzt habe. Ich weiß nicht, wie die Öffentlichkeit das beurteilt, aber dass Sie einen Termin benennen und den anderen verschweigen, ist politische Kultur der untersten Schublade!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herr Minister, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Stamm.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Kommt jetzt die Entschuldigung? – Zuruf von den GRÜNEN: Von euch!)

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Minister, schön, dass Sie wieder im Raum sind und nicht wie ein kleines Kind draußen bleiben.

(Angelika Schorer (CSU): Er war die ganze Zeit da! Hier hinten!)

– Genau, er ist da hinten rausgerannt und hat dabei sogar unflätige Bemerkungen gemacht, aber die will ich jetzt nicht weiter zitieren, weil das dann wahrscheinlich den Einsatz der Glocke notwendig machen würde.

Erster Punkt: Sie haben gerade von "Gesprächsfaden" gesprochen. Warum haben Sie uns in den Gesprächsfaden nicht eingebunden? Unser Kenntnisstand vor der Sommerpause war: Die Richtlinien werden so veröffentlicht, wie sie sind. Das war das Ergebnis eines Anrufs in Ihrem Ministerium.

Zweitens. Weil Sie jetzt plötzlich das Bündnis ansprechen: Sie wissen ganz genau – und ich möchte es jetzt hier wirklich nicht näher bezeichnen –, dass ich zusammen mit dem Bündnis und der Kollegin Zacharias in Ihrem Büro wegen eines Termins angefragt habe.

(Zurufe von der CSU)

Und da hieß es: Das macht die Beamtenebene des Ministeriums und nicht der Minister selbst. Also verschweigen Sie hier nicht, dass erstens der Termin erst verweigert wurde und zweitens dem Bündnis auch gesagt wurde, dass es der Beamte macht und nicht Sie.

(Zuruf von der SPD: Ganz genau!)

Erst nach zahlreichen Anfragen haben Sie gesagt: Ja, okay, ich komme. Aber Monate später! Das, was Sie hier gerade am Schluss am Rednerpult gemacht haben, ist politisch nicht in Ordnung!

(Widerspruch bei der CSU)

Übrigens sitzt da oben ein Vertreter des Bündnisses. Sie können jetzt also nicht irgendwelchen Schmarrn erzählen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Ingrid Heckner (CSU): Aber Sie auch nicht!)

**Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium):** Ich stelle fest, dass die Kollegin Stamm gewusst hat, dass dieser Termin stattgefunden hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem

Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wie ich schon gesagt habe, ist der Tagesordnungspunkt 15 abgesetzt und wird vertagt.